

# RECHENSCHAFTSBERICHT DER KPÖ STEIERMARK IM LANDTAG 2005 - 2010



**KPÖ**  
**wirkt**

## Vorwort

2005 ist die KPÖ mit vier Mandaten in den Steiermärkischen Landtag eingezogen. Seither sind fünf Jahre vergangen, in denen wir uns bemüht haben, jenen Steierinnen und Steirern eine Stimme zu geben, die sonst nicht gehört werden.

Um allen Interessierten einen detaillierteren Überblick über unsere Tätigkeit zu geben, haben wir uns entschlossen, in Form einer Broschüre zu dokumentieren, welche Initiativen wir im steirischen Landesparlament gesetzt haben, womit wir erfolgreich waren, aber auch, wo wir uns nicht durchsetzen konnten.

Einen vollständigen Bericht vorzulegen ist kaum möglich. Immerhin haben die Abgeordneten der KPÖ in der vergangenen Periode

- 164 selbständige Anträge
- 151 Entschließungsanträge
- 103 schriftliche Anfragen und
- 18 dringliche Anfragen

eingebraucht, die den Rahmen eines lesbaren Heftes bei weitem sprengen würden. Die KPÖ, das soll hier aber dokumentiert werden, hat sich vor allem mit jenen Themen beschäftigt, mit denen sie 2005 in die Landtagswahl gegangen ist: Öffentliches Eigentum, Soziales, Kontrolle.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Tatsache, dass wir für viele Anträge eine Mehrheit erreichen konnten, oft sogar in Form einstimmiger Beschlüsse, die dann aber von der Regierung nicht umgesetzt oder durch Verzögerungstaktik auf die lange Bank geschoben wurden. Das zeigt, wie notwendig es ist, in der Steiermark eine Änderung der Landesverfassung zu erreichen, um dem Landtag mehr Möglichkeiten zu geben, der Regierung auf die Finger zu schauen.

Um den Bürgerinnen und Bürgern so viel Information wie möglich über unsere Arbeit im Landtag zu geben, haben wir uns nicht auf Presseaussendungen und die Veröffentlichung unserer Anträge im Internet beschränkt, sondern nach jeder Sitzung ein Informationsblatt an alle Interessierten versendet. Das soll auch in der kommenden Periode fortgesetzt werden, falls die Wählerinnen und Wähler uns bei der Landtagswahl dazu die Chance geben.

*Claudia Klimt-Weithaler*

*Klubobfrau der KPÖ im Steiermärkischen Landtag*



# I. Demokratie, Transparenz und Service

## Demokratie und Verfassung

Bisher war es gängige Praxis, dass nur die Regierungsparteien über die in einem Begutachtungsverfahren zu einem geplanten Gesetz eingelangten Stellungnahmen informiert waren. Die KPÖ erreichte, dass nun auch die Oppositionsparteien und darüber hinaus die gesamte interessierte Öffentlichkeit Einblick in diese Stellungnahmen erhält und damit über die Bedenken der involvierten Interessenvertretungen informiert werden.

Nach dem Untersuchungsausschuss zum Tierpark Herberstein, der vom KPÖ-Abgeordneten Dr. Werner Murgg geleitet wurde, stellte die KPÖ den Antrag, auf das Instrument der Ferialverfügung überhaupt zu verzichten. Schließlich kommen die anderen acht Bundesländer auch ohne diese fragliche Möglichkeit aus – überall sonst finden nämlich auch in den Sommerferien Regierungssitzungen statt. Nicht so in der Steiermark: SPÖ und ÖVP wollen weiterhin nicht auf einsame Entscheidungen im Sommer verzichten und daher die Ferialverfügung behalten.

Erreichen konnte die KPÖ eine Rücknahme der schikanösen Bestimmungen für Bürgerinitiativen, wonach alle UnterstützerInnen ihre Unterschrift am Gemeindeamt tätigen mussten. Nun werden die Unterschriftenlisten wieder wie früher stichprobenartig von der Behörde geprüft. Der Gang aufs Gemeindeamt entfällt damit.

Detail am Rande: Weder SPÖ noch ÖVP wollten dem Antrag der KPÖ nachkommen und im Landtag auf Alkoholkonsum verzichten – ein diesbezüglicher Antrag der KPÖ wurde von den Regierungsparteien rundweg abgelehnt.

## Service für Bürgerinnen und Bürger

Die KPÖ beantragte die Einrichtung einer Landesvolksanwaltschaft für die Steiermark, in die alle bestehenden Anwaltschaften eingegliedert werden sollen. Die gesamte Landesvolksanwaltschaft soll in Zukunft völlig weisungsfrei agieren können und nur dem Landtag verantwortlich sein. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der SPÖ angenommen – umgesetzt wurde er aber, wie viele andere, nicht.

## Transparenz

Völlige Transparenz bei den Förderungen des Landes Steiermark – auch eine Lehre aus der Affäre „Tierpark Herberstein“ – forderte die KPÖ mehrmals in der vergangenen Periode. Diese Forderung wurde von SPÖ und ÖVP zweimal abgewiesen. Schließlich konnte die KPÖ sich aber durchsetzen: Nun gibt es jährlich

einen Förderungskatalog, in dem alle Subventionen des Landes aufgelistet werden. Im Detail lässt dieser Bericht zwar noch an Genauigkeit zu wünschen übrig, ein erster wichtiger Schritt in Richtung Transparenz ist damit aber erzielt worden.

So wie der Staat sich verpflichtet fühlen sollte, seine Bürgerinnen und Bürger über alle Ausgaben und Förderungen umfassend zu informieren, so würde auch eine Veröffentlichung der gezahlten Steuern sowie der Steuerschulden viel zu einem gerechteren und transparenteren Gemeinwesen beitragen. In Schweden wurde bereits vor Jahren die steuerliche Transparenz verwirklicht: Jede Bürgerin und jeder Bürger kann in alle behördlichen Akten Einblick nehmen, auch in sämtliche Steuerbescheide. Der Antrag der KPÖ, der diese steuerliche Transparenz auch für Österreich fordert, wurde mehrheitlich – gegen die Stimmen der ÖVP – angenommen! Umgesetzt wurde dieser Antrag aber nie.

## II. Gerechtigkeit statt Privilegien

Mehrmals beantragte die KPÖ in der vergangenen Periode, die Bezüge der Landesregierung und der Landtagsabgeordneten zu kürzen. Diese Anträge wurden regelmäßig von SPÖ, ÖVP und auch den Grünen abgelehnt. Wer aber nun meint, die PolitikerInnen hätten nach unserem Antrag am Bettelstab gehen müssen, irrt: Die KPÖ forderte nur, dass die PolitikerInnen mit dem 15fachen (!) dessen auskommen sollten, was MindestrentnerInnen in der Steiermark zum Leben zur Verfügung haben.

Wenig überraschend wurde auch die Forderung der KPÖ nach einer Bezügebegrenzung für ManagerInnen im staatsnahen Bereich – in Höhe des Bezugs des Bundeskanzlers – von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt. Auch **ein höherer Beitrag der wirklich Bestverdienenden in unserem Land – Menschen, die mehr als eine Million Euro pro Jahr verdienen – in Form eines erhöhten Spitzensteuersatzes – wird von SPÖ, ÖVP und auch den Grünen abgelehnt.**

Dass auch die Forderung der KPÖ nach einer Wahlkampfkostenbeschränkung von SPÖ und ÖVP abgelehnt wurde, wird niemanden überraschen; ist doch das Ergebnis in der Vorwahlzeit täglich für jeden an der Plakat- und Werbeflut ersichtlich.

## III. Öffentliches Eigentum/Beteiligungen

Wer aktive Wirtschaftspolitik betreiben will, muss selbst aktiv in der Wirtschaft tätig sein. Der Erhalt und Ausbau des öffentlichen Eigentums – etwa in Form einer „Steiermark-Holding“ – war und ist daher eine zentrale Strategie der KPÖ im Landtag. Öffentliches Eigentum bietet aber nicht nur Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Einflussnahme auf Lohnverhandlungen, zur

Sicherung von Lehrstellen und qualifizierter Ausbildungsplätze. Es hat auch mit Verantwortung zu tun. In der Einstellung zum öffentlichen Eigentum zeigen sich die wahren Interessen und der Charakter der Parteien. Für die KPÖ gilt: nur die Wahrnehmung der Eigentumsrechte durch den Landtag bringt demokratische Mitbestimmung und Kontrolle. Das würde zu einer aktiven und fortschrittlichen Umgestaltung der steirischen Wirtschaft führen. Soziale Energiepreise, Tarifkontrollen und eine Umverteilung von Oben nach Unten wären dadurch möglich.

Auch die KAGes hätte – wäre es nach der KPÖ gegangen – wieder unter demokratische Kontrolle des Landes kommen sollen.

Die KPÖ ist im Landtag die einzige Partei, die für den Schutz und Erhalt des öffentlichen Eigentums eintritt. So sprach sich der Landtag auf Initiative der KPÖ mehrmals gegen die Privatisierung bzw. für die Rücknahme der Privatisierung der Post und gegen variable Gehaltsbestandteile für die Postmanager aus. Der Rückkauf der EStAG-Anteile der EdF wurde im Landtag beschlossen, aber trotz bestehender Finanzierungsmöglichkeiten von LH Voves boykottiert.

Die KPÖ erreichte für ihren Antrag, die Zersplitterung des ehemaligen Unternehmens ÖBB in Teilunternehmen zu beenden und diese wieder in eine einheitliche Rechtsform zusammenführen, um das unmittelbare Durchgriffsrecht des Eigentümers zu sichern, und eine Kostenexplosion durch die über 10 Teilfirmen zu vermeiden, die Zustimmung aller Parteien im Landtag.

Die Forderung der KPÖ, das öffentliche Eigentum an der Wasserversorgung in den Verfassungsrang zu erheben und damit zu schützen, wurde einstimmig angenommen.

Um die demokratische Kontrolle über das Landeseigentum wieder herzustellen, forderte die KPÖ eine Änderung der relevanten Verfassungsbestimmungen. Dies wurde aber von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt. Auch die konkrete Forderung, die KAGes wieder der unmittelbaren Hoheit des Landes zu unterstellen, um die Gesundheitspolitik aktiv beeinflussen zu können, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Als einzige Partei im Landtag steht die KPÖ PPP-Modellen („Public Private Partnership“) kritisch gegenüber. Die Forderungen der KPÖ, auf konkrete PPP-Modelle (im Straßenbau) zu verzichten, wurden von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Die KPÖ forderte im Landtag, dass das Wahlversprechen der SPÖ, eine Landesholding zum Erwerb von langfristigen Beteiligungen an Unternehmen mit Standorten in der Steiermark einzurichten, umgesetzt wird. Dieser Antrag wurde aber von ÖVP, Grünen und SPÖ(!) abgelehnt.

Gegen den wahllosen Verkauf des Landesvermögens hat sich im Landtag die KPÖ als einzige Partei zur Wehr gesetzt. Alle Anträge der KPÖ, den Verkauf der Landeswohnungen an Private transparenter und damit kontrollierbarer zu machen, scheiterten am Widerstand von SPÖ und ÖVP.

Die Errichtung von Produktionsstätten für Holzpellets – zur Arbeitsplatzbeschaffung sowie zur Preisregulation am Energiemarkt – durch das Land wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

## IV. Spielsucht

Die KPÖ kämpft seit ihrem Einzug in den Landtag gegen die Folgen der ausufernden Glücksspielindustrie: Spielsucht und daraus folgend Verarmung, Kriminalität und Zerstörung ganzer Familien. Die KPÖ hat in diesem Bereich unzählige Initiativen und Anträge im Landtag eingebracht. Diese wurden aber entweder von SPÖ und ÖVP abgelehnt oder in einem Unterausschuss auf Eis gelegt. Damit wurde aber wertvolle Zeit vertan, in der die Steiermark die Möglichkeit gehabt hätte, eine eigenständige Lösung für die Glücksspielproblematik zu finden, bevor das Bundesgesetz in Kraft tritt. Nun hat sich die Glücksspiellobby durchgesetzt und ein Bundesgesetz erreicht, mit dem niemand in der Steiermark zufrieden sein kann, und das zu einem weiteren massiven Ansteigen der Spielsucht führen wird. **In einem letzten Anlauf gelang es zumindest eine Erhöhung der Abgaben für Geldspielautomaten bis zum Jahr 2015 zu erreichen, also solange es in der Steiermark noch Spielautomaten nach dem alten Gesetz gibt.**

## V. Arbeit

Die KPÖ setzt sich für einen Mindestlohn von 1.600 Euro monatlich oder 10 Euro pro Stunde ein. Ein diesbezüglicher Antrag der KPÖ wurde gegen die Stimmen von ÖVP und Grünen im Landtag angenommen.

Auf Initiative der KPÖ sprach sich der Landtag Steiermark auch mehrheitlich – gegen die Stimmen der ÖVP – dafür aus, dass Maßnahmen zur Zurückdrängung der Leiharbeit gesetzt werden müssen, und fordert, dass Leiharbeitskräfte nach einer gewissen Zeit in die Stammbesellschaft übernommen werden müssen.

Die KPÖ erreichte, dass künftig an Unternehmen, die die Gründung eines Betriebsrats behindern, keine Wirtschaftsförderung mehr ausgezahlt wird – freilich gegen die Stimmen der ÖVP.

Weitere Initiativen der KPÖ gegen Lohndumping im Bereich des Landes wurden größtenteils von SP, VP und Grünen abgelehnt, etwa für den Bereich der KAGes.

Bei der Novellierung des Dienstrechtes im Kindergartenbereich kam es zu Verschlechterungen für die Beschäftigten, deshalb sprach sich die KPÖ gegen diese Novelle aus.

## VI. Soziales

Die KPÖ hat in einem ihrer ersten Anträge die Forderung nach einem Sozi-

alpass eingebracht, mit dem ein stark ermäßigter Zugang zu Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen gewährt wird. Die Einführung wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Ein weiterer Anlauf der KPÖ in dieser Sache Anfang 2009 wurde von den Regierungsparteien ausgebremst: Man verlangte weitere Stellungnahmen der Landesregierung, die aber niemals eingetroffen sind. Damit blieb das Stück in dieser Periode unerledigt.

Die Forderung der KPÖ, eine Sozialhilfeanwaltschaft zu installieren, die unbürokratisch und ohne Diskriminierung den Menschen hilft, die Ansprüche nach dem Sozialhilfegesetz stellen, wurde ebenfalls von SPÖ und ÖVP mehrmals abgelehnt.

Auf Antrag der KPÖ sprach sich der Landtag Steiermark – gegen die Stimmen der ÖVP – dafür aus, dass künftig all jene Menschen, denen nicht viel mehr als die Ausgleichszulage zum Leben zur Verfügung steht, von der Rundfunkgebühr befreit werden.

Immer mehr Menschen in der Steiermark sind hoffnungslos verschuldet. Die Schuldnerberatung ist daher heillos überlastet, die Wartezeiten sind dementsprechend lang. Die KPÖ forderte daher, die seit Jahren gleich gebliebene finanzielle Unterstützung für die Schuldnerberatung zu erhöhen. Dieser Antrag wurde von SPÖ und ÖVP mit dem Hinweis auf eine geringfügige Erhöhung abgelehnt. Schlussendlich wurde aber im nächsten Voranschlag die Fördersumme für die Schuldnerberatung aber doch erhöht.

## **Heizkostenzuschuss, Wohnbeihilfe**

Sowohl der Antrag auf die dringende Valorisierung der Wohnbeihilfe, als auch die Verlängerung der Bezugsdauer der Wohnbeihilfe für MindestrentnerInnen auf zwei Jahre (bei denen ja eine Änderung der Einkommensverhältnisse nicht zu erwarten ist), wurden von den anderen Parteien abgelehnt. Auf Druck der KPÖ wurde immerhin die Bearbeitungsdauer deutlich verkürzt.

Immer wieder forderte die KPÖ die Erhöhung des Heizkostenzuschusses, dies wurde aber ebenfalls regelmäßig von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

## **Mindestsicherung**

Der Antrag auf 14malige Auszahlung der Mindestsicherung wurde mehrheitlich – gegen die Stimmen der ÖVP – angenommen. Die SPÖ hat inzwischen allerdings schon signalisiert, dass sie von einer 14maligen Auszahlung nichts mehr wissen will...

Die Forderung der KPÖ, dass die neue Mindestsicherung die Menschen nicht schlechter stellen darf als nach dem bestehenden Sozialhilfegesetz wurde sowohl von VP als auch von der SP rundweg abgelehnt.



## Sozialhilfegesetz

Die Abschaffung der Rückzahlungspflicht (Regress) bei der Sozialhilfe wurde auf Betreiben der KPÖ mit 1. September 2008 umgesetzt.

In erster Instanz werden Anträge auf Sozialhilfe häufig abgelehnt; erst eine Berufung verhilft den AntragstellerInnen zu ihrem Recht. Viele Menschen, die Anspruch auf Sozialhilfe hätten, sind aber nicht in der Lage, selbständig eine fundierte Berufungsschreiben zu erstellen. Die KPÖ forderte daher, die Frist für Berufungen gegen Sozialhilfebescheide auf 4 Wochen zu verlängern, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich beraten zu lassen. Dieser Antrag der KPÖ wurde einstimmig angenommen.

Auch bei den Wartezeiten nach Antragstellung wurde die KPÖ aktiv. Da die Frist von sechs Monaten in zu vielen Fällen von den Behörden komplett ausgeschöpft wurde und die Betroffenen bis dahin finanziell völlig in der Luft hingen, hat die KPÖ durchgesetzt, dass künftig im Sozialhilfeverfahren die Frist bis zur Bescheiderstellung nur mehr drei Monate betragen darf.

## Pflegeeltern

Gleich mehrere Initiativen hat die KPÖ eingebracht, um für Pflegemütter (und -väter) eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung und ein eigenes Einkommen durchzusetzen. Nachdem die Forderung der KPÖ anfangs noch von SPÖ und ÖVP abgelehnt wurde, konnte die KPÖ schließlich am Ende der Periode den Durchbruch erzielen: Pflegemütter und -väter können in Zukunft über Trägervereine über der Geringfügigkeitsgrenze angestellt werden und sind damit voll sozialversichert.

## VII. Gesundheit

Die KPÖ erreicht im Landtag das einstimmige Bekenntnis aller Parteien, dass kein Spital in der Steiermark geschlossen wird, sondern deren Leistungsspektrum sorgsam weiterentwickelt wird. Konkret konnte die KPÖ, gegen SPÖ und zwei von drei Grün-Abgeordneten, den Erhalt der chirurgischen Abteilung am LKH Mürzzuschlag erreichen! Auch die Neuerrichtung der Chirurgie in Bad Aussee wäre ohne die Stimmen der KPÖ nicht durchführbar gewesen.

Um in Zukunft mehr Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung der Landespitäler zu haben, wäre die Rückführung der KAGes unter die unmittelbare Hoheit des Landes dringend notwendig – dies wurde aber von allen anderen Parteien im Landtag abgelehnt.

Gegen die Stimmen von SPÖ und Grünen beschloss der Landtag auf Antrag der KPÖ, ein dringend notwendiges spezielles Rehabilitationszentrum für Kinder,



die nach schwerer Krankheit oder Unfall an den Folgeerscheinungen leiden, zu errichten.

Alle stationär aufgenommenen PatientInnen müssen derzeit in den Patientenentschädigungsfonds einzahlen, aus dem dann Entschädigungen für durch die Behandlung geschädigte Patienten finanziert werden. Die KPÖ sieht eine große Ungerechtigkeit darin, dass in diesen Fonds bis dato nur PatientInnen selbst für ihre eigenen Schäden einzahlen müssen und andere Beteiligte unberücksichtigt bleiben. Die Forderung der KPÖ, auch Pharmaindustrie, Hersteller von Medizinprodukten, Versicherungen, Krankenanstaltenträger, Ärzte und andere Angehörige der Heilberufe zur Zahlung eines Solidarbeitrages an den Patientenschädigungsfonds zu verpflichten, wurde einstimmig angenommen.

Mit einer dringlichen Anfrage zum Mangel an Intensivbetten am LKH-Klinikum Graz erreichte die KPÖ, dass die Zahl der Intensivbetten erhöht und der Ausbau und die Erweiterung der Strahlentherapie vorangetrieben wurde.

## VIII. Pflege

Die KPÖ hat sich in der vergangenen Periode massiv für Verbesserungen im Pflegebereich eingesetzt und eine Broschüre zu diesem Thema herausgegeben. So konnte die KPÖ durchsetzen, dass Pflegebedienstete künftig zumindest nach dem BAGS-Kollektivvertrag entlohnt werden müssen. Eine Anhebung des Pflegechlüssels auf das bessere Wiener Niveau wurde abgelehnt.

Gegen den Widerstand der ÖVP erreichte die KPÖ, dass es künftig vermehrt Kontrollen in den Pflegeheimen geben muss, und zwar auch an Wochenenden und zur Nachtzeit, wo erfahrungsgemäß häufig Missstände auftreten.

Wesentliche Forderungen der KPÖ, wie etwa zur Finanzierung der Pflege, der Stärkung der gemeinnützigen Träger gegenüber Privaten, die finanzielle Entlastung der in Pflege befindlichen Personen, wurden von SPÖ und ÖVP durchwegs abgelehnt. Eine Gesetzesinitiative der KPÖ, deren Umsetzung die Zurückdrängung der privaten Geschäftemacherei einiger großer privater Pflegeheimbetreiber bedeutet hätte, scheiterte am Widerstand von ÖVP und SPÖ.

## IX. Frauen und Gleichberechtigung

Die KPÖ setzt sich für die völlige Gleichstellung von Frauen ein. In diesem Bereich konnte die KPÖ im Landtag viele Erfolge erzielen. Zum Beispiel sprach sich der Landtag auf Antrag der KPÖ für die Förderung von Frauen im Rahmen der Wirtschaftsförderung, für die Einführung des Vaterschutzmonats und gegen Werbung aus, die Menschen zu Sexobjekten degradiert. Beschlossen wurde auf Antrag der KPÖ, das Budget der Gleichbehandlungsbeauftragten zu erhöhen und

die Organisation TARA, die sich für weibliche Gewaltopfer einsetzt, weiter zu finanzieren.

Die KPÖ erreichte auch eine Änderung des Prostitutionsgesetzes, wodurch nun Werbung für Bordelle in Radio, Fernsehen, Kino und auf Plakaten verboten ist.

Auch die Forderung der KPÖ, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit geschlechtssensible Pädagogik in allen Kinderbetreuungseinrichtungen umgesetzt werden kann, wurde schließlich einstimmig angenommen.

## X. Kinder und Jugend

Auf Antrag der KPÖ sprach sich der Landtag Steiermark gegen die Stimmen der ÖVP dafür aus, dass beim Kindergeldbezug die Möglichkeit der Arbeitszeitbegrenzung als Wahlmöglichkeit alternativ zur Zuverdienstgrenze eingeführt wird, dass die Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden bei der Bezugsdauer aufgehoben und Elternzeit auch in Betrieben bis zu 20 ArbeitnehmerInnen verpflichtend vorgesehen werden soll.

Die Forderung der KPÖ, wieder einen verstärkten Kündigungsschutz für Lehrlinge einzuführen, wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Die KPÖ setzte sich im Landtag dafür ein, dass Projekte, um Jugendlichen Räume, Plätze und Freizeitanlagen zur eigenverantwortlichen Nutzung und Entfaltung dienen, verstärkt gefördert werden. Dieser Antrag wurde allerdings von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Der Antrag der KPÖ, verbindliche Regeln vorzusehen, damit die Bedürfnisse der Kindern und vor allem Jugendlichen im Wohnbau berücksichtigt werden, wurde einstimmig angenommen. Umgesetzt wurde dieser Beschluss allerdings von der Landesregierung nicht.

## XI. Bildung

### Kinderbetreuung

Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass Bildung für alle Kinder kostenlos zugänglich sein muss. In diesem Sinn hat die KPÖ beantragt, dass nun nach den Kindergärten auch die Betreuung für Kinder in den ersten drei Lebensjahren kostenfrei gestaltet wird. Dieser Antrag wurde im Landtag einstimmig angenommen. Umgesetzt wurde dieser Beschluss von der Landesregierung allerdings nicht.

Eine weitere Initiative setzte die KPÖ, um die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Unternehmen zu forcieren. Diese Initiative wurde vom Landtag gegen die Stimmen der ÖVP angenommen. Der Antrag, eine Kindergartenabgabe für mittlere und große Unternehmen einzuführen, die selbst keine Betreuungsmöglichkeit für Kinder anbieten, wurde aber von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

## Schule

Die Forderung der KPÖ endlich an allen Schulen parallel zur schulärztlichen auch psychologische Betreuung anzubieten, wurde von SPÖ und ÖVP ebenso abgelehnt wie der Antrag der KPÖ, für alle SchülerInnen unentgeltliche Diagnostik und Behandlung der Lese-Rechtschreibschwäche (Legasthenie) anzubieten.

Einstimmig angenommen wurde 2006 der Antrag der KPÖ, das Schulmodell Eisenerz zu sichern. Er Erhalt des BORG Eisenerz wurde aber schon zwei Jahre später von SPÖ und Grünen abgelehnt.

Der Vorschlag der KPÖ, in Zukunft SchuldirektorInnen nur mehr auf Zeit zu bestellen, wurde gegen die Stimmen der SPÖ angenommen.

Auch der Vorstoß der KPÖ, im Pflichtschulbereich sowohl im Unterricht als auch in der Verwaltung den Einsatz von Open-Source-Software zu forcieren, wurde einstimmig angenommen.

Die KPÖ setzte sich ebenso dafür ein, dass das Internat des landwirtschaftlichen Bildungszentrums Kobenz saniert wird. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

## Universitäten und Hochschulen

Um berufstätigen Studierenden den Abschluss des Studiums zu erleichtern und die Studienabbruchsquote zu senken, forderte die KPÖ, diesen Studierenden den Zugang zum Studienabschlussstipendium zu erleichtern. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt – die ÖVP war bei der Abstimmung zu diesem Antrag nicht einmal anwesend.

Die KPÖ ist der Ansicht, dass allen Jugendlichen der Zugang zur Bildung gleichermaßen offenstehen soll. Daher forderte die KPÖ im Landtag, die aus Spargründen vorgenommene Kürzung der Förderung der Berufsreifeprüfung wieder zurückzunehmen und bei positivem Abschluss die Kosten wieder zu 100 Prozent zu ersetzen. Dieser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.

Auf Antrag der KPÖ sprach sich der Landtag Steiermark gegen die Stimmen der ÖVP für die Abschaffung der Studiengebühren und für die Abschaffung des Universitätsrats, der Leistungsvereinbarungen und indikatorgesteuerten Budgets an den Unis und die Evaluierung des Bologna-Prozesses aus.

## XII. Wohnen, Bauen, Gemeindeentwicklung

Der Antrag der KPÖ, dass die steirische Wohnaufförderung zukünftig nur mehr für den eigentlichen Zweck, die Schaffung von sozialem Wohnbau, eingesetzt wird, wurde einstimmig angenommen. In den letzten Jahren wurde nämlich

der Etat der Wohnbauförderung wiederholt zum Stopfen von Budgetlöchern ausgeräumt, was stagnierenden sozialen Wohnbau und damit steigende Mieten zur Folge hat. Reale Auswirkungen hat dieser Beschluss allerdings nicht: Die Wohnbauförderung wird auch weiterhin nur zu einem geringen Teil zweckgebunden verwendet.

Die KPÖ leitete den Unterausschuss „Brandschutz in Hochhäusern“ und erreichte die **Abschaffung des sog. „Hochhausparagrafen“ § 103 im Stmk. Baugesetz, der dazu benutzt worden war, den BewohnerInnen von Hochhäusern exzessive Maßnahmen gegen Brandgefährdung vorzuschreiben. Der KPÖ gelang es, diese Maßnahmen auf einige wenige wirklich sinnvolle Vorschriften zu beschränken, wodurch sich für die BewohnerInnen von Hochhäusern die finanzielle Belastung deutlich verringert hat.**

Um Spekulation mit Baugrundstücken einzudämmen, forderte die KPÖ, dass Baubewilligungen binnen fünf Jahren nach Rechtskraft erlöschen sollen. Dieser Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Die Forderung der KPÖ, Sanktionsmöglichkeiten gegen das Nichtausstellen von Wohnungsaufwandsbestätigungen durch VermieterInnen einzuführen, wurde in einem ersten Schritt einstimmig angenommen. Ein halbes Jahr später lehnten aber sowohl SPÖ als auch ÖVP dies aber ab.

Auch die Initiative der KPÖ, die Kanalbenutzungsgebühren nachvollziehbarer und dem Verursacherprinzip gemäß zu gestalten, wurde von SPÖ, VP und Grünen abgelehnt.

Die KPÖ setzte sich im Landtag dafür ein, dass die Lärmschutzrichtlinie des Umweltbundesamtes für Freiluftveranstaltungen im Veranstaltungsgesetz Berücksichtigung findet; dies wurde aber von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

## **XIII. Finanzen und Kontrolle**

### **Finanzen, Steuern**

Alle Forderungen der KPÖ, die Ungerechtigkeit im Steuersystem endlich zu verringern und Vermögen wieder zu besteuern, die Erbschafts- und Schenkungssteuer wiedereinzuführen, die Grundsteuer nach realistischen Werten auszurichten oder Umwidmungsgewinne zu versteuern, wurden von VP und auch der SPÖ abgelehnt.

Die KPÖ forderte die Einführung einer Schotterabgabe, die zweckgewidmet für die Landschaftspflege eingesetzt werden könnte – ein Wahlversprechen der SPÖ –, doch scheiterte sie am Widerstand von SP und der VP.

Zur Verbesserung der katastrophalen finanziellen Situation der Gemeinden

schlug die KPÖ vor, das Land solle auf die Landesumlage, die sie von den Gemeinden kassiert, verzichten; dies wurde aber von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

## Kontrolle

Nach den Finanzkatastrophen in Fohnsdorf, Hartberg und anderen Gemeinden der Steiermark forderte die KPÖ, die Prüfung aller Gemeinden durch den Landesrechnungshof zu ermöglichen. Dies wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt. **Zumindest konnte die KPÖ erreichen, dass die Gemeinde Fohnsdorf durch den LRH geprüft wird.**

**Die KPÖ erreichte auch, dass künftig alle Stellenbesetzungsverfahren im Land vom Landesrechnungshof überprüft werden können.**

## XIV. Wirtschaft

Grundsätzlich gilt für die KPÖ: Wirtschaftsförderungen sollen nur in Form von Unternehmensbeteiligungen ausgeschüttet werden. So wäre ein Rückfluss der öffentlichen Gelder gesichert und die Mitspracherechte des Landes ausgeweitet. Die KPÖ forderte daher, dass das Land an von ihm geförderten Kompetenzzentren entwickelten Patenten eine Erfolgsbeteiligung sicherstellen soll. SP, VP und Grüne lehnten dies ebenso ab wie auch die KPÖ-Forderung, den Verkauf des Landesdarlehens der Therme Blumau von rund 10 Mio. Euro zum halben Preis an die Blumau-Gesellschafter nur gegen Beteiligung des Landes an der Therme durchzuführen. Die KPÖ lehnt Förderungen in Millionenhöhe an Konzerne, die Arbeitsplätze abbauen und die Beschäftigten gleichzeitig kurzarbeiten lassen, prinzipiell ab. Deshalb stimmt die KPÖ im Wirtschaftsförderungsbeirat konsequent gegen diese Praktiken.

Die Einkommen der Manager wachsen in schwindelerregende Höhen, und das unabhängig vom Unternehmenserfolg und meist gegenläufig zur Arbeitsplatzentwicklung. Die KPÖ forderte daher, dass zumindest im staatsnahen Bereich ManagerInnen nicht mehr verdienen sollen als der Bundeskanzler. Dies wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Dass zur Entlastung des Faktors Arbeit keinesfalls die Dienstgeberbeiträge gesenkt werden dürfen, dafür sprach sich der Landtag auf Initiative der KPÖ – gegen die Stimmen der ÖVP und der Grünen – aus.

**Einen Erfolg erzielte die KPÖ mit ihrer Forderung, dass künftig bei Veranstaltungen nichtalkoholische Getränke zum gleichen Preis wie die billigsten Alkohola angeboten werden müssen. Das Veranstaltungsgesetz wurde auf Antrag der KPÖ in diesem Sinne angepasst.**

Auch gegen die Profitmacherei mit der Müllentsorgung sagte die KPÖ den Kampf an. So forderte die KPÖ, dass nur öffentliche Unternehmungen für Samm-

lung, Abfuhr und Behandlung der Abfälle zuständig sein sollen. Die Müllgebühren für Industrie, Handel und Gewerbe sollen dem Prinzip der Kostenwahrheit entsprechend angepasst werden. All diese Forderungen wurden von den Regierungsparteien abgelehnt bzw. nicht umgesetzt.

## **XV. Energie**

Ein Schwerpunkt im Landtag war der Kampf um die Entscheidungsrechte bei der EStAG. Das Land sollte, so die KPÖ, einen Privatisierungsstopp verhängen, sämtliche Anteile zurückkaufen und eine Energiepreisregulierung in einem Landestarifbeirat unter Einbeziehung des Landtages einführen. Diese Forderungen wurden von den Regierungsparteien teilweise unterstützt, aber nicht umgesetzt, obwohl das nötige Kapital in der EStAG nachweislich vorhanden wäre.

Ein Gesetzesantrag der KPÖ, die EStAG zur Einführung eines preisgünstigen „Steiermark-Tarifs“ für die heimischen Haushalte zu verpflichten, scheiterte trotz Finanzierbarkeit des Vorhabens an SPÖ und ÖVP.

## **XVI. Europäische Union**

Für die KPÖ-Steiermark ist die EU kein Spielfeld für Phrasendrescherei. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union ist auch auf Landesebene, auf die EU-Entscheidungen großen Einfluss haben, dringend nötig. Die EU ist ein neoliberales Projekt im Interesse der Konzerne und Banken, eine Politikänderung im Rahmen der EU ist nicht möglich. Deshalb sollte auch die Diskussion über einen Austritt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Insbesondere hat die KPÖ deshalb versucht, im Landtag dahingehend zu wirken, dass die EU ihre unsoziale Politik gegen die Bevölkerung nicht unwidersprochen durchführen kann.

So forderte die KPÖ mehrmals den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag, der einen Kniefall vor der Atomstromlobby darstellt. Durch die hohen Fördersummen für den Atomstrom wird zudem die Kostenstruktur zugunsten des Atomstroms verfälscht. Dies wurde aber von VP und SP abgelehnt.

Eine Volksabstimmung über den „EU-Reformvertrag“, welcher immense Verschlechterungen für die Bevölkerung, eine Aufrüstungspflicht und eine Entdemokratisierung auf allen Ebenen bringt, wollte die KPÖ ebenso durchsetzen, scheiterte daran aber am Widerstand der Großparteien und der Grünen.

Gegen diverse EU-Privatisierungsrichtlinien – wie etwa bei der Post – wurde die KPÖ ebenfalls im Land initiativ.

## XVII. Umwelt und Landwirtschaft

Entscheidende Initiativen setzte die KPÖ im Landtag etwa bei ihrer Initiative zum Verbot des gesundheitsschädlichen „Bisphenol A“ in Materialien, mit denen Babies und Kleinkinder in Berührung kommen und zur Eindämmung der Kunststoffflut. Die Forschung und Entwicklung von alternativen Verpackungsmaterialien soll nun gefördert werden.

Dass viele feinstaubreduzierende Maßnahmen die breite Bevölkerung treffen, nicht jedoch einen wichtigen Hauptverursacher, den Schwerverkehr, nahm die KPÖ im Landtag als Anlass für einen Dringlichen Antrag, um den Schwerverkehr von Ausnahmen zu befreien, wurde dabei aber von den Großparteien niedergestimmt.

In Bezug auf die Festlegung des Schwellenwertes für Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen im Rahmen des Gentechnikvorsorgegesetzes war die KPÖ das entscheidende Zünglein an der Waage: Die ÖVP wollte den Schwellenwert auf 0,9 Prozent festsetzen. Die Stimmen der KPÖ gaben aber den Ausschlag, dass der Schwellenwert im geltenden Gentechnikvorsorgegesetz stattdessen auf 0,1 Prozent reduziert wurde. Einwirkungen durch gentechnisch veränderte Organismen (GVO) können damit verhindert werden.

Die KPÖ setzte sich als einzige Partei im Landtag gegen die – aus ökologischer Sicht mehr als fragwürdige – „Airpower“-Veranstaltung und die Belastung durch die Eurofighter ein, scheiterte aber am Widerstand der Großparteien.

Konkreter Umweltschutz scheidet im Landtag oft an den Großparteien: so zum Beispiel bei der Einbeziehung der Schwerfahrzeuge in die Feinstaubreduktionsmaßnahmen, bei der 380 kV-Freileitung, beim Erhalt des Landschaftsschutzgebietes Nr. 31 Gössendorf-Fernitz, beim Wasserkraftwerk Koppentraun oder beim Stopp für die Ausbauarbeiten der S 36/37, bis die Rechtslage geklärt ist.

## XVIII. Öffentlicher Verkehr

Zur Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs fordert die KPÖ eine Nahverkehrsabgabe, die nach dem Vorbild der Wiener U-Bahn-Steuer von den steirischen Unternehmen eingehoben werden soll. SPÖ und ÖVP stemmten sich gemeinsam gegen diesen Vorschlag.

Die KPÖ setzt sich konsequent für Tarifenkungen im öffentlichen Verkehr ein – besonders für Lehrlinge und Studierende – und erreichte im Landtag auch vielfach einstimmige Beschlüsse dazu. Umgesetzt wurden diese aber nicht.





**Klubobfrau LAbg.**  
**Claudia Klimt-Weithaler,**  
 claudia.klimt-weithaler@  
 stmk.gv.at,  
 Tel. 0316/877-5104



**LAbg.**  
**Ing. Renate Pacher,**  
 renete.pacher@kpoe-  
 steiermark.at,  
 Tel. 03512/82240



**LAbg.**  
**Dr. Werner Murgg,**  
 LE@kpoe-steiermark.at,  
 Tel. 03842/22670



**LAbg.**  
**Ernest Kaltenegger,**  
 ltk-kpoe@stmk.gv.at

**Landtagsklub der KPÖ**  
 Herrengasse 16  
 Landhaus, 8010 Graz  
 Tel. +43 (0)316 / 877-5102  
 Fax: +43 (0)316 / 877-5108

**Alles Wichtige im Land  
 gehört in öffentliche Hand**

**Wasser  
 Energie  
 Verkehr  
 Pflege  
 Bildung  
 Gesundheit**



**KPÖ**  
 Liste 3 **wirkt**



**Claudia Klimt-Weithaler**